

Leipziger Volk

Hast du dich schon zur Wahlarbeit gemeldet?

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.90 Mark. - Durch die Post bezogen 2.-Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 - Vollstreckkonto Leipzig Nr. 534 77	Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. - Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 19/21 - Telephon 72203	Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pfa., bei Platznotschrift 40 Pfa. Stellenangebote 10gep. Kolonelle 25 Pfa. Familiennachrichten von Privaten die 10gep. Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamezeile 2 Mt. Inserate v. ausw.: die 10gep. Kolonelle 40 Pfa. bei Platznotsch. 50 Pfa., Reklamezeile 2.25 Mt.
---	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen

Reichstagsauschuß und Rotfrontverbot Das Doppelgesicht der Deutschnationalen

Die Kommunisten verhindern die Aufhebung des Reudell-Diktats

Reudell und Thälmann als Bundesgenossen

Der Überwachungsaußschuß des Reichstags trat am Dienstagmittag unter vollzähliger Anwesenheit seiner Mitglieder zusammen. Von der Regierung waren der Reichsinnenminister und der Reichsjustizminister herzt anwesend. Die Reichskanzlei war nicht vertreten. Reichsminister Marx, der sich zur Zeit in Urlaub befindet, hat es ausdrücklich abgelehnt, den Abgeordneten Hergt mit seiner Vertretung zu beauftragen.

Die Frage, ob die Verhandlungen öffentlich geführt werden sollten, wurde von der Mehrheit verneint. Den sachlichen Beratungen lag ein sozialdemokratischer Antrag zugrunde, durch den Reichsminister Marx aufgefordert wird, einen Verzicht auf das Ersuchen des Reichsinnenministers zu veranlassen. Ein kommunistischer Antrag fordert, ein derartiges Ersuchen an die Reichsregierung zu richten. Außerdem beantragten die Sozialdemokraten die Vorlegung der Denkschrift, in der Reudell sein Vorgehen begründet.

Abg. Rosenfeld (Soz.) begründet diesen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß der Minister verpflichtet sei, dem Ausschuß den Sachverhalt zu seinem Vorgehen zu unterbreiten. Der Reichsinnenminister erwiderte darauf, er habe Bedenken, die Denkschrift vorzulegen, da sein Material so der Öffentlichkeit unterbreitet würde. Das möchte er vermeiden.

Auf die Frage des Ausschußvorsitzenden Henke (Soz.), ob der Minister die Kompetenz des Ausschusses bezweifle, äußerte sich v. Reudell verneinend. Er fügte hinzu, es sei jedoch eine andere Frage, ob die Beschlüsse eine staatsrechtliche Verpflichtung in sich schloßen. Die Abgeordneten Emingert (Bayr. Volksp.), Schulz (D. Vp.) und Schulz (Dnat.) sprachen sich im Sinne des deutschnationalen Innenministers aus.

Abg. Hindenburg (Soz.) trat den Ausführungen seiner Vorredner entgegen. Er wies darauf hin, daß der Reichsinnenminister nur ein Organ der Reichsregierung sei, und wenn er unmittelbar vor den Wahlen Verfügungen erlasse, die als Eingriff in die Wahlfreiheit anzusehen seien, so schädige er damit das Volk und die Volksvertretung. Die Kompetenz des Ausschusses zur Stellungnahme sei zweifellos. Das habe bei der Schaffung der Reichsverfassung auch der völksparteiliche Abgeordnete Henke anerkannt. Der Minister sollte sich deshalb nicht auf einen formellen Standpunkt stellen, sondern freiwillig Auskunft geben. Der Minister möge deshalb im Interesse des Volkes und eines ruhigen Verlaufes der Wahlbewegung auf seine Befragung verzichten.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) wies an Hand der Verfassung nach, daß der Überwachungsaußschuß das Recht habe, Untersuchungen vorzunehmen und von diesem Gesichtspunkt aus die Vorlegung der Denkschrift des Ministers fordern müsse. Noch niemals habe ein Reichsinnenminister derartige Ersuchen an die Länder gerichtet. Man stelle sich vor, daß etwa ein sozialdemokratischer Minister ein solches Verbot für Bayern ausgesprochen hätte. Es entbehre übrigens nicht der Komik, daß gerade die bayerische Regierung, in welcher der föderalistische Gedanke stark vertreten sei, und die Deutschnationalen ausschlaggebenden Einfluß ausübten, sich dem Vorgehen des Herrn v. Reudell angeschlossen hätten. Er wünsche schon mit Rücksicht auf den Widerspruch von 16 Länderregierungen gegen das Ersuchen die Zurückziehung des Erlasses.

Der Abg. Thälmann (Komm.) begründete dann in einer stundenlangen und von Gemeinheiten gegen die Sozialdemokratie strotzenden Rede den kommunistischen Antrag auf Zurückziehung des Verbots. Anstehend äußerte sich Herr v. Reudell. Er verteidigte sich auf die reichsgerichtliche Rechtsprechung und insbesondere auf zwei Urteile aus dem Dezember 1927, in denen ausgesprochen sei, daß der Rote Frontkämpferbund eine staatsfeindliche Organisation wäre. Es wäre vielleicht besser gewesen, schon früher vorzugehen. Wenn man aber noch länger gewartet hätte, so hätte sich die Notwendigkeit des Verbots nach den Wahlen in der Zeit ergeben, in der noch keine neue Regierung gebildet gewesen wäre, und das hätte man nicht verantworten können. Der Reichsminister hat allerdings wiederholt lebhaft Bedenken dagegen geäußert, in diesem Zeitpunkt das Verbot zu erlassen.

Auf die Frage des Abgeordneten Schulte (Zentrum) über die Stellung des Reichsministers zu dem Verbot, erklärt v. Reudell, daß er Näheres nicht anführen könne. Die in Berlin anwesenden Kabinettsmitglieder seien davon unterrichtet worden, daß die Aktion gegen den Frontkämpferbund stattdessen würde. Ein Beschluß des Kabinetts sei nicht gefaßt worden.

Abgeordneter Schulte (Zentrum) weist danach auf den wichtigen politischen Charakter des Verbotes hin und stellt folgenden Antrag:

„Ohne zu der Frage, ob die gesetzlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für das Vorgehen des Ministers gegeben waren, Stellung zu nehmen, hält der Ausschuß diese Maßnahme im gegenwärtigen Augenblick für nicht zweckmäßig.“

Minister v. Reudell erklärt, daß der Ausschuß staatsrechtlich nicht das Recht habe, Verfügungen zu erlassen eines Ministers, durch die die Rechte des Reichstages nicht verletzt worden seien, so zu behandeln, daß die Reichsregierung um Zurückziehung der Maßnahme ersucht werde.

Die Abstimmungen

Ein Antrag Emingert auf Vertagung der Entscheidung bis zur Beschlußfassung des Staatsgerichtshofes wurde gegen acht Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei abgelehnt.

Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes erhielt nur die acht Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der neun Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und des Demokraten.

Gegen beide Anträge stimmten die zehn Vertreter der anderen Parteien. Der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung einer Denkschrift wurde von allen bürgerlichen Parteien, 11 gegen 8 Stimmen, abgelehnt. Der Antrag des Zentrums, das Verbot für den gegenwärtigen Augenblick für nicht zweckmäßig zu erklären, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt, da die beiden Kommunisten mit den Deutschnationalen, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei gegen den Antrag stimmten. Er fiel mit zehn gegen zehn Stimmen.

*

Der Vorwärts schreibt zu dem Ausgang der gestrigen Verhandlungen: „Der Antrag des Zentrums erklärte das Vorgehen des Ministers „im Augenblick für nicht zweckmäßig“. Der klare Sinn dieses Antrages war, daß „in diesem Augenblick“, unmittelbar vor der Wahl, ein Eingriff in die Bewegungsfreiheit einer Partei auf keinen Fall unternommen werden dürfe. Es bestand also für die Kommunisten gar kein Grund, gegen diesen Antrag zu stimmen. Trotzdem halfen sie den Deutschnationalen und den anderen Rechtsparteien den Schlag parieren, der gegen v. Reudell gerichtet war. Man sah zum Schluß bei den Deutschnationalen nur vergnügtes Gesicht — der Transportarbeiter Thälmann hat sich wieder einmal bewährt. Einst war er es, der den Reichspräsidenten v. Hindenburg zum Ziele trug, gestern hat er sich an Herrn v. Reudell die Lebensrettermedaille verdient.“

Die Germania sagt zu dem Ergebnis: „Die Verhandlungen haben klar erkennen lassen, daß die große Mehrheit der Ausschußmitglieder dem Reichsminister des Innern mit stärksten Bedenken gegenübersteht. v. Reudell wird sich, wie man annehmen kann, hierdurch ebensovienig beirren lassen, wie durch die Bedenken, auf die er bei seinen Ministerkollegen gestoßen ist. Er wartet auf die Entscheidung des Staatsgerichtshofes. Dieser hat die eigentlich politische Frage, nämlich die der Zweckmäßigkeit, nicht zu prüfen. Auf Grund der tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen hat er seine Entscheidung zu treffen. Seine politische Frage ist aber bereits entschieden. Die Haltung der Reichsminister, der der Länder und des Ausschusses hat sie klar beantwortet. Der Schritt des Reichsinnenministers war ein politischer Mißgriff, der in dem gegenwärtigen Zeitpunkt unbedingt hätte unterbleiben müssen.“

Die Rote Fahne ruft entsetzt: „Der Bürgerblock bedauert Reudell!“ Man traue seinen Augen nicht. Der Bürgerblock hat sich gestern im Überwachungsaußschuß wieder einmal als lebensunfähig gezeigt. Gebet wurde Reudell von Teilen des Bürgerblocks und seinen Bundesgenossen, den Kommunisten.

Reudell rüstet zum Abgang



Und was soll dem Weggang von Eggelsen mit all den Affen geschehen, die Eggelsen hier aufgeschafft haben? Schaffen Sie's auf mein Gut, - gibt famosen Dünger!

„Wer in schwankender Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehrt das Unheil und breitet es weiter und weiter. Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet sich die Welt!“

Mit diesem Goethewort schloß der Vorsitzende des Sächsischen Landbundes, der Landtagsabgeordnete Schreiber, seine Wahlrede vor der diesjährigen Hauptversammlung des Landbundes im Rochlitzer Bezirk. Der Landbund hat, wie schon berichtet, auch in Sachsen eigene Wahllisten aufgestellt. Schon vorher hatten sich im Reichstag ein Viertel Duzend Abgeordnete von den Deutschnationalen losgelöst, um unter der Firma einer „Christlich-nationalen Volkspartei“ die mit der großagrarischen Interessenspolitik der Deutschnationalen unzufriedenen kleinen Landwirte abzufangen. Die abgeschwenkten Mitglieder dieser neuen Bauernpartei wurden schon 1924 auf besonderen Listen des Landbundes gewählt, kehrten aber nach dem Zusammentritt des Reichstages reuevoll in den Mutterchoß der großagrarischen Deutschnationalen Volkspartei zurück.

So ist es auch mit den Landvolklisten. Die Deutschnationalen wissen nur allzugut, daß ihre demagogischen Versprechungen, die sie vor den letzten Wahlen machten, nicht eingehalten worden sind und daß ihre gesamte Politik auf die Interessen der großen Rittergutsbesitzer, der ostelbischen Großagrarien, von denen jeder einzelne über ein kleines Herzogtum verfügt, eingestellt gewesen ist. Das war eben die Aufgabe des Ernährungsministers Dr. Schiele, der nicht nur verstand, die Maiszölle im Interesse seiner Maiszener zu erhöhen und damit dem kleinen Bauern, der gezwungen ist, Futtermittel zu kaufen, erneute Lasten aufzubürden.

Die Deutschnationalen fürchten sich vor der Abrechnung, die ihre Wähler am 20. Mai halten werden. Wir erinnern an die hundertprozentigen Versprechungen an die Aufwertungsleute, von denen nichts gehalten worden ist. Zur Stärkung ihres Gedächtnisses werden wir den Opfern dieser Demagogie jenes Flugblatt wieder zugänglich machen, in dem die Deutschnationale Volkspartei des Bezirks Leipzig den Sparern und Rentnern ihre hundertprozentigen Versprechungen machte. In diesem Flugblatt wurde u. a. gesagt:

„Die Sozialdemokratie spricht durch ihr Organ, die Leipziger Volkszeitung, angesichts der Bemühungen der Deutschnationalen schon heute (also vor den Wahlen) von einem Aufwertungs-schwindel.“

Wer aber hat recht behalten? Wer hat die Schwindel-mandover der Deutschnationalen rechtzeitig und richtig eingeschätzt? Die Leipziger Volkszeitung, das Organ der Sozialdemokratie. Leider hat sie dennoch nicht zu verhindern vermocht, daß die Aufwertler der deutschnationalen Demagogie zum Opfer fielen.

Auch die Landvolklisten sind nur ein Mittel der Deutschnationalen, um die Flucht ihrer Wählermassen aufzuhalten, und wir warnen die Opfer dieses Betruges wiederum. Die Landvolklisten sind das Mittel, um den kleinen Bauern adern-mals zu fördern, damit nach der Wahl seine Interessen ebenso mißachtet werden, wie seinerzeit die Interessen der Sparern und der kleinen Rentner, die nunmehr der Armenfürsorge verfallen sind.

An der Spitze der Landvolklisten der drei sächsischen Kreise steht der Landtagsabgeordnete Dr. Schreiber. An zweiter Stelle folgen in Dresden der bisherige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Domsch. In Chemnitz wurde ein Rittergutsbesitzer an zweite Stelle gesetzt, und in Leipzig rangiert Herr Dr. Philipp, Borna, der die Deutschnationalen seit 1919 im Reichsparlament vertreten hat, an gleicher Stelle. Der Rittergutsbesitzer in Chemnitz Bezirke allein schon zeigt, was es mit den Land-,v-ol-llisten auf sich hat. Ober soll etwa der Studentrat Albrecht Philipp aus Borna bei Leipzig, dessen Fachstudium die Geschichte ist, den kleinen Bauern helfen? Gewiß, Herr Philipp hat sich ein großes Verdienst erworben. Er war neben dem Demokraten Dr. Schüking Berichterstatter jenes Untersuchungsausschusses, in dem mit der Dolchstoßlegende endgültig gebrochen wurde, trotz gegenteiliger Behauptungen, die er im Rundfunk aufzustellen strebte. Vielleicht überreicht Herr Dr. Philipp seinen Landvolkwählern eine mit eigenhändiger Widmung versehenes Exemplar seiner Schrift über „August den Starken und die Pragmatische Sanktion“. Daraus dürften sie von ungefähr ersehen können, wie der Rot der kleinen Landwirtschaft unter der Herrschaft des deutschnationalen Ernährungsministers Dr. Schiele gesteuert werden kann. Herr Philipp steht außerdem, wie schon gemeldet, an 28. Stelle der deutschnationalen Reichswahlliste, womit bereits jedermann ersichtlich wird, daß die Landvolklisten nur als Abseger der Deutschnationalen zu bewerten sind, wobei gleichzeitig besonders mißliebige deutschnationale Abgeordnete untergebracht werden sollten.

Zeigt schon diese Tatsache die skrupellose Demagogie, die gegenüber den kleinen Landwirten getrieben wird, so bestätigte Herr Dr. Schreiber in seinem Referat auf der Hauptversammlung des Landbundes im Rochlitzer Bezirk, daß an unseren